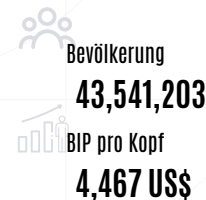
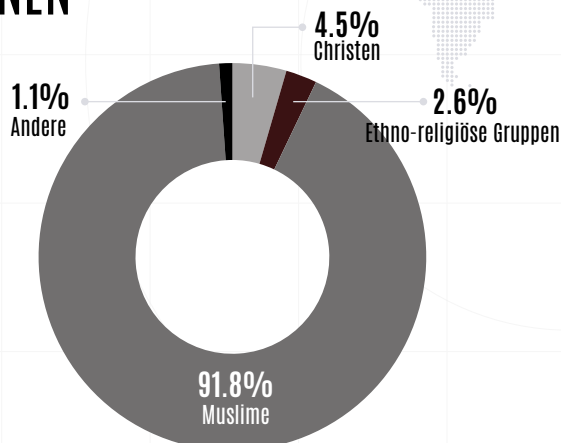




# SUDAN

## RELIGIONEN



## DIE GESETZSLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Sudans langjähriger Machthaber Omar al-Baschir wurde im April 2019 nach dreißigjähriger Amtszeit abgesetzt. Dem Sturz waren friedliche landesweite Proteste vorausgegangen, die im Dezember 2018 ihren Anfang genommen hatten und denen die Sicherheitskräfte mit Gewalt begegneten. Mit der Absetzung al-Baschirs setzte die Militärführung des Landes dem durch Korruption und Autoritarismus gestützten System ein Ende. Wegen des Völkermords und ethnischer Säuberungen in Darfur, bei denen 500.000 Zivilisten getötet wurden, war al-Baschir schon 2009 vor dem Internationalen Strafgerichtshof angeklagt worden.<sup>1,2</sup> Die neue Regierung einigte sich darauf, ihn an das Haager Tribunal auszuliefern.<sup>3</sup>

Nach dem Regierungswechsel wurde die Nationale Interimsverfassung von 2005 durch eine Verfassungserklärung ersetzt. Sie wurde am 4. August 2019 vom Militärischen Übergangsrat und der breiten politischen Koalition Forces of Freedom of Change unterzeichnet<sup>4</sup> und bildet die Grundlage für den Aufbau einer zivilen Regierung, der in demokratischen Wahlen münden soll. Bis auf weiteres wird das Land von einem elfköpfigen Souveränen Rat re-

giert, dem Militärführer und Zivilisten angehören. Ein Mitglied des Rates ist koptischer Christ<sup>5</sup>

Artikel 4, Absatz 1 der Verfassungserklärung von 2019 untersagt es, Menschen aufgrund ihres Glaubens zu diskriminieren. Laut Artikel 43 ist der Staat verpflichtet, die Einhaltung dieses Verbots zu gewährleisten. Gemäß Artikel 56 hat jeder das Recht, seinen Glauben frei auszuüben. Niemand darf gezwungen werden, zu einem anderen Glauben zu wechseln oder Rituale zu vollziehen, die seinen Überzeugungen widersprechen.<sup>6</sup>

Trotz der formellen Anerkennung der Religionsfreiheit in der Verfassungserklärung ist der Umgang mit Glaubenswechseln, Apostasie, Blasphemie, Missionierung und weiteren „Vergehen“ im Zusammenhang mit der Religion im Strafrecht und in der Rechtsprechung nach wie vor problematisch.

Für Blasphemie sieht das sudanesisches Strafrecht hohe Strafen vor.<sup>7</sup> Streitfälle im Zusammenhang mit Apostasie, Abkehr vom Islam, religiöser Diskriminierung und anderen religiösen Angelegenheiten kommen selten vor das Verfassungsgericht, sondern werden vor untergeordneten Gerichten nach islamischem Recht verhandelt.<sup>8</sup> Damit sind diejenigen, die im Verdacht stehen, gegen islamische Normen verstoßen zu haben, rechtlich weitgehend schutzlos

und haben kaum Aussicht auf eine neutrale Rechtsprechung.

Das Bildungsministerium schreibt eine Mindestzahl von 15 Schülern vor, damit in einer Klasse christlicher Religionsunterricht erteilt werden kann. Seit der Abspaltung des Südsudans wird diese Zahl selten erreicht. Christliche Schüler müssen daher außerschulischen Religionsunterricht in Anspruch nehmen, den ihre Kirchen anbieten.<sup>9</sup> Der Regierung wurde zudem unterstellt, Unstimmigkeiten wie Eigentumsstreitigkeiten unter den religiösen Minderheiten auszunutzen, um Kirchen und Gemeinden zu schwächen.<sup>10</sup>

Der Sudan galt bislang als Militärstaat,<sup>11</sup> der berüchtigt war wegen seines scharfen Vorgehens gegen unanständiges Verhalten und Störung der öffentlichen Ordnung sowie gegen politische Dissidenten, Aktivisten, Journalisten, religiöse und politische Führer und alle, die für ihn eine Bedrohung darstellten. Den sudanesischen Streitkräften und Sicherheitsbehörden werden häufig willkürliche Festnahmen, Hinrichtungen, Folter und Misshandlung von Gefangenen vorgeworfen.<sup>12</sup> In der Region Darfur und den Bundesstaaten Süd-Kurdofan und Blauer Nil, in denen nach wie vor bewaffnete Konflikte ausgetragen werden, sind die Menschenrechtsverletzungen besonders eklatant.

Bis zum Regierungswechsel 2019 kritisierten alle Menschenrechtsorganisationen einhellig die sudanesischen Behörden, die bestimmte Gruppen der Bevölkerung aus religiösen Gründen diskriminiert und unterdrückt hätten,<sup>13</sup> als würden diese den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die öffentliche Sicherheit bedrohen. In den Nuba-Bergen, einer Region im Bundesstaat Süd-Kurdofan, in der Rebellen Gruppen für Unabhängigkeit kämpfen, gerieten Christen häufig ins Visier der Sicherheitskräfte. Auch einige muslimische Gemeinschaften, wie die Schiiten und die Koranisten, stehen unter genauer Beobachtung der Sicherheitskräfte.<sup>14</sup>

Im Juli 2017 erging ein Erlass des Bildungsministeriums im Bundesstaat Khartoum, demzufolge christliche Schulen keinen Samstagsunterricht mehr abhalten durften. Damit wurde ihnen das „muslimische Wochenende“ (Freitag und Samstag) auferlegt und der Sonntag als Ruhetag abgeschafft.<sup>15</sup> Die Bischöfe des Landes und diverse christliche Vertreter hatten sich darüber beschwert. Aber erst der Militärische Übergangsrat hob den Erlass wieder auf. Heute ist der Sonntag wieder offizieller Ruhetag der christlichen Schulen im Sudan.<sup>16</sup>

Die neue zivil geführte Übergangsregierung des Sudan kündigte eine neue Ära der Religionsfreiheit im Land an. Der Minister für Religiöse Angelegenheiten und Religiöse Stiftungen, Nasredin Mufreh, entschuldigte sich öffentlich bei den sudanesischen Christen wegen der „Gewalt und des Unrechts, das euch angetan wurde, der Zerstörung eurer Gotteshäuser, des Raubs eures Eigentums und der widerrechtlichen Festnahme und Verfolgung eurer Geistlichen und der Beschlagnahme von Kirchengebäuden“.<sup>17</sup> Die Regierung gab offiziell bekannt, das gute Miteinander der Glaubensgemeinschaften, das vor dem islamistischen Regime al-Baschirs bestanden hatte, wieder aufbauen zu wollen.<sup>18</sup>

Die neue Regierung erklärte Weihnachten zu einem nationalen Feiertag, der seit der Abspaltung des Südsudans nicht mehr existiert hatte. Aus diesem Anlass zogen die Christen singend und die frohe Botschaft des Evangeliums auf Plakaten verkündend durch die Straßen der Hauptstadt.<sup>19</sup> Diese Tradition war unter al-Baschir verboten gewesen.

Der Minister für Religiöse Angelegenheiten und Religiöse Stiftungen forderte die führenden Vertreter der Glaubensgemeinschaften und Geistlichen auf, „einen moderaten Diskurs zu führen, der auf Extremismus verzichtet, und den Fokus auf das zu richten, was die Menschen eint“.<sup>20</sup> Er kündigte an, die Lehrpläne für die Schulen so abzuändern, dass sie einen „Geist der Toleranz vermitteln“.<sup>21</sup> Darüber hinaus lud er auch sudanesischen Juden ein, wieder ins Land zurückzukommen.<sup>22</sup> Die meisten von ihnen hatten den Sudan nach der Unabhängigkeit 1956 verlassen.<sup>23</sup>

Damit schlägt die neue Regierung einen ganz anderen Kurs als Omar al-Baschir ein, der nach der Abspaltung des Südens, in dem mehrheitlich Christen leben, 2011 eine zu hundert Prozent islamische Verfassung einführen wollte.<sup>24</sup> Unter dem ehemaligen Machthaber wurden ausländische Missionare des Landes verwiesen, Kirchen beschlagnahmt oder zerstört, Geistliche eingeschüchtert und festgesetzt.<sup>25</sup> Im Zuge der Islamisierungspolitik hatte der damalige Minister für Führung und Religiöse Stiftungen 2013 bekannt gegeben, dass keine Genehmigungen für den Bau neuer Kirchen mehr erteilt würden.<sup>26</sup>

Im Juli 2020 wurde das Apostasiegesetz abgeschafft. Doch mehreren Nichtregierungsorganisationen ging dies nicht weit genug. Ihrer Ansicht nach weist die neue Verfassung noch Schwachpunkte auf, da viele persönliche Freiheitsrechte immer noch nicht ausreichend geschützt

sind.<sup>27</sup>

## VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Im Berichtszeitraum vollzog sich im Sudan ein grundlegender Wandel. Nach monatelangen Protesten, denen die Sicherheitskräfte mit Gewalt begegneten, wurde Omar Al-Baschir im April 2019 entmachteter. Während der Unruhen wurden Christen weiter diskriminiert.

Vor den Protesten wurden Christen an der Ausübung ihres Glaubens gehindert, Geistliche verhaftet und Kirchengüter systematisch beschlagnahmt.<sup>28</sup>

Im Oktober 2018 wurden 13 Christen von Agenten des sudanesischen Geheimdienstes in Darfur festgesetzt.<sup>29</sup> Drei von ihnen, die einen ursprünglich christlichen Hintergrund hatten, kamen sofort wieder frei. Die anderen, die vom Islam konvertiert waren, wurden geschlagen und gezwungen, den neuen Glauben zu widerrufen.<sup>30</sup> Vier von ihnen wurden so schwer misshandelt, dass sie zur medizinischen Behandlung nach Khartum gebracht werden mussten.<sup>31</sup> Der Sprecher der Gruppe, Tajadin Idris Yousef, weigerte sich, seinen Glauben zu leugnen und wurde wegen Apostasie angeklagt.<sup>32</sup>

Die Sudanesische Kirche Christi (SCOC) stritt sich lange mit der Regierung um das Eigentum an mehreren kirchlichen Gebäuden und deren Verwaltung. Im Oktober 2018 wies die Polizei in Omdurman die SCOC an, die Verwaltung der örtlichen Gemeinde an eine andere Glaubensgemeinschaft abzugeben.<sup>33</sup> Im selben Monat verlor der Staat in einer anderen Angelegenheit einen Gerichtsstreit gegen die SCOC und musste 19 Gebäude an sie zurückgeben, die zwei Jahre zuvor beschlagnahmt worden waren.<sup>34</sup>

Auch die Presbyterianisch-Evangelische Kirche des Sudan streitet mit dem Staat um das Eigentum an Gebäuden. In der Vergangenheit wurde die Kirche mit Geldstrafen belegt und ihre Gebäude wurden zerstört.<sup>35</sup>

Nach 2011 waren christliche Schriften und Lehrmaterialien im Sudan Mangelware, weil die Zollbehörde im Hafen von Bur Sudan unter anderem mehrere Lieferungen von Bibeln in arabischer Sprache ohne jegliche Begründung zurückhielt.<sup>36</sup> Im Oktober 2018 gaben die Behörden schließlich eine Lieferung von Bibeln frei, die sechs Jahre lang zurückgehalten worden war.

Im Dezember 2019 wurden im Bundesstaat Blauer Nil drei Kirchen in Brand gesteckt, je eine der orthodoxen Christen, der Katholiken und der Baptisten. Nach dem Wieder-

aufbau wurden sie am 16. Januar 2020 von Unbekannten erneut niedergebrannt. Die Polizei nahm keine Ermittlungen auf, obwohl der Minister für Religiöse Angelegenheiten dies zugesichert hatte, „weil sich die Regierung zum Schutz der Religionsfreiheit und der Gotteshäuser verpflichtet hat“.<sup>37</sup>

Die Katholische Kirche hat schwierige Jahre hinter sich. Nach der Unabhängigkeit des Südsudans fehlte es in El Obeid, der Hauptstadt des Bundesstaates Nord-Kurdufan an Priestern, weil viele von ihnen in ihre Heimat im heutigen Südsudan zurückgekehrt waren. Während des Bürgerkrieges im Südsudan, der von Dezember 2013 bis Februar 2020 dauerte, flüchteten rund 200.000 Südsudanesen in den Sudan. Mehr als die Hälfte von ihnen waren Katholiken, die nicht nur humanitäre Hilfe, sondern auch geistlichen Beistand benötigten.<sup>38</sup>

Die Proteste gegen die Regierung im Sudan brachen im Dezember 2018 aus und dauerten bis Juni 2019. In diesen sieben Monaten verurteilten Menschenrechtsorganisationen die „Anwendung exzessiver Gewalt und scharfer Munition gegen friedliche Demonstranten“.<sup>39</sup> Sie riefen die Regierung auf, keine Demonstranten mehr zu verletzen und zu töten. Auch der African Council of Religious Leaders – Religions for Peace, ein Zusammenschluss führender Vertreter von Glaubensgemeinschaften in Afrika, der sich für Frieden einsetzt, kritisierte die Unterdrückung der Proteste durch den Militärischen Übergangsrat.<sup>40</sup>

Während der Unruhen wurden zahlreiche Gebetsstätten überfallen. Im Februar 2019 schossen Sicherheitskräfte nach dem Freitagsgebet mit Tränengas auf eine große Moschee in Khartum. Dabei wurden zahlreiche Gläubige verletzt.<sup>41</sup> Muslimische Geistliche verurteilten die Tat, die „die Heiligkeit der Moschee verletzt hat“.<sup>42</sup> Auch in die Moschee von Beit el Mal drangen Sicherheitskräfte ein, ohne ihre Waffen und Schuhe abzulegen. Dieses Vorgehen gilt als Sakrileg. Sie schlugen auf den Imam und den Muezzin ein.<sup>43</sup>

Im Juni 2019 rief Papst Franziskus zum Frieden und zur Einstellung der Gewalt im Land auf und forderte die Konfliktparteien auf, in einen Dialog einzutreten.<sup>44</sup> Der Vorsitzende der sudanesischen Bischofskonferenz und Bischof von Tombura-Yambio, Msgr. Edward Hiiboro Kussala, begrüßte den Friedensvertrag, der im August 2019 zwischen dem sudanesischen Militär und der zivilen Opposition geschlossen wurde, und dankte der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der Afrikanischen Union, für die Vermittlungsbemühungen.<sup>45</sup>

Ein Jahr später äußerten sich die Kirchen des Sudans auch positiv zu dem Friedensvertrag, den die Übergangsregierung mit diversen Rebellengruppen vereinbart hatte.<sup>46</sup> Der Erzbischof von Khartum, Msgr. Michael Didi Adgum Mangoria, erklärte, der im August 2020 zwischen der Regierung und fünf Rebellengruppen geschlossene Friedensvertrag könne nur dann seine Wirkung entfalten, wenn sich ihm auch alle anderen bewaffneten Gruppen anschließen würden. Der Vertrag sieht die Schaffung einer nationalen Kommission für Religionsfreiheit vor, deren Aufgabe es wäre, die Rechte der Christen im Land zu schützen.<sup>47</sup> Auch die Trennung von Staat und Religion wurde darin vereinbart. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass außer im islamischen Religionsunterricht keine Schulbücher mehr Bezüge zum Islam enthalten dürfen.<sup>48</sup>

Zu den Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie erklärte der Bischof von El Obeid, Msgr. Andali, die Christen seien bei der Umsetzung der Vorsichtsmaßnahmen erstmals genauso behandelt worden wie die Muslime.<sup>49</sup> Auch in der Karwoche durften Gläubige nur in begrenzter Zahl Gottesdienste besuchen. Der Bischof teilte mit, dass es wegen der Ansteckungsgefahr und der laufenden Friedensgespräche zuletzt keine Auseinandersetzungen mehr gab.<sup>50</sup>

Zwischen 2018 und 2020 recherchierte ein investigativer Journalist im Auftrag der BBC verdeckt in Koranschulen, den sogenannten Khalwas, um Vorwürfen nachzugehen, dass Schüler dort misshandelt werden. Ihm gelang es, sich Einblicke in 23 der 30.000 im Sudan bestehenden Khalwas zu verschaffen. Er dokumentierte alle Arten von Missbrauch an ganz jungen Schülern, von denen einige am Boden festgekettet wurden. Die Regierung wurde vor

der Ausstrahlung der Dokumentation informiert und ordnete rechtliche Schritte gegen die betreffenden Schulen an. Es wurde umgehend ein Gesetz erlassen, welches das Schlagen von Schülern verbietet.<sup>51</sup>

## PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Ende Dezember 2019 nahmen die Vereinigten Staaten den Sudan von der Liste der besonders gefährdeten Länder (Countries of Particular Concern) und setzten das Land auf die Beobachtungsliste (Special Watch List). Damit erkennen sie an, dass die neue sudanesisische Regierung Maßnahmen getroffen hat, um den Bürgern mehr Freiheitsrechte zuzusichern, darunter auch mehr Religionsfreiheit.

Der Minister für Religiöse Angelegenheiten bat die Christen sogar um Verzeihung wegen der Gewalt, die sie in der jüngsten Vergangenheit erfahren haben. Er lud auch sudanesischen Juden ein, wieder ins Land zurückzukommen. Darüber hinaus hat die neue Regierung Verbote aufgehoben, die während der Baschir-Herrschaft eingeführt worden waren. So können Christen wieder ihren Traditionen nachgehen. Anders als das Vorgängerregime fördert die Übergangsregierung einen Geist der Toleranz unter den Glaubensgemeinschaften.

Dennoch kommt es nach wie vor zu Verstößen gegen die Religionsfreiheit. Besondere Sorge bereitet die Lage in der südwestlichen Region Darfur. Trotz aller Bemühungen der Regierung, die Lage der Religionsfreiheit im Land zu verbessern, ist unklar, wie die Entwicklung weiter verlaufen wird.



- 1 „Situation in Darfur, Sudan - In the case of the prosecutor v. Omar Hassan Ahmad al Bashir (‘Omar al Bashir)“, International Criminal Court, 4. März 2009, [https://www.icc-cpi.int/CourtRecords/CR2009\\_01514.PDF](https://www.icc-cpi.int/CourtRecords/CR2009_01514.PDF) (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 2 „Omar al-Bashir ousted: how Sudan got here“, BBC News, 11. April 2019, <https://www.bbc.com/news/world-africa-47892742> (abgerufen am 9. November 2020).
- 3 Samy Magdy, „Official: Sudan to hand over al-Bashir for genocide trial“, Associated Press, 11. Februar 2020, <https://apnews.com/article/c6698024bdd7f1cade89b9b4101d25c1>; „Omar Bashir: ICC delegation begins talks in Sudan over former leader“, BBC News, 17. Oktober 2020, <https://www.bbc.com/news/amp/world-africa-54548629> (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 4 Draft constitutional charter for the 2019 transitional period, Constitution Net, <http://constitutionnet.org/sites/default/files/2019-08/Sudan%20Constitutional%20Declaration%20%28English%29.pdf> (abgerufen am 9. November 2020).
- 5 „Sudan forms 11-member sovereign council, headed by al-Burhan“, Al Jazeera, 20. August 2019, <https://www.aljazeera.com/news/2019/8/20/sudan-forms-11-member-sovereign-council-headed-by-al-burhan> (abgerufen am 9. November 2020).
- 6 Sudan 2019, Constitute Project, [https://www.constituteproject.org/constitution/Sudan\\_2019?lang=en](https://www.constituteproject.org/constitution/Sudan_2019?lang=en) (abgerufen am 9. November 2020).
- 7 Office of International Religious Freedom, „Sudan“, 2019 International Religious Freedom Report, US-Außenministerium, <https://www.state.gov/reports/2019-report-on-international-religious-freedom/sudan/> (abgerufen am 9. November 2020).
- 8 Ibid.
- 9 Ibid.
- 10 Suliman Baldo, „Radical Intolerance: Sudan’s religious oppression and embrace of extremist groups“, The Enough Project, December 2017, [https://enoughproject.org/wp-content/uploads/2017/12/SudanReligiousFreedom\\_Enough\\_Dec2017\\_final.pdf](https://enoughproject.org/wp-content/uploads/2017/12/SudanReligiousFreedom_Enough_Dec2017_final.pdf) (abgerufen am 9. November 2020).
- 11 Steve Sweeney, „EU accused of propping up Sudan’s ‘militia state’ in bid to block migrants“, The Morning Star, 27. Juni 2019, <https://morningstaronline.co.uk/article/w/eu-accused-of-propping-up-sudans-militia-state-in-bid-to-block-migrants>; Suliman Baldo, „Border Control from Hell: How the EU’s migration partnership legitimizes Sudan’s ‘militia state’“, The Enough Project, 6. April 2017, <https://enoughproject.org/reports/border-control-hell-how-eus-migration-partnership-legitimizes-sudans-militia-state> (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 12 „Sudan“, World Report 2018, Human Rights Watch, <https://www.hrw.org/world-report/2018/country-chapters/sudan#ada87c> (abgerufen am 9. November 2020).
- 13 „Expansion of the religious discrimination against Christians in Sudan“, Sudan Democracy First Group, 8. April 2017, <https://us7.campaign-archive.com/?u=7acabab6ae470b89628f88514&id=c8e9ad21d8&e=a9db638c83> (abgerufen am 9. November 2020).
- 14 „Sudan“, Annual Report 2020, US Commission on International Religious Freedom (USCIRF), S. 80-81, <https://www.justice.gov/eoir/page/file/1271691/download> (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 15 „Sudan’s church schools ordered to follow Muslim week“, Radio Dabanga, 28. Juli 2017, <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-s-church-schools-ordered-to-follow-muslim-week> (abgerufen am 9. November 2020).
- 16 „Sudan’s church schools to revert to Christian week“, Radio Dabanga, 25. April 2019, <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-s-church-schools-to-revert-to-christian-week> (abgerufen am 9. November 2020).
- 17 „Christmas message: minister apologizes to Sudan’s Christians for their suffering“, Radio Dabanga, 26. Dezember 2019, <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/christmas-message-minister-apologises-to-sudan-s-christians-for-their-suffering> (abgerufen am 9. November 2020).
- 18 „Government urges unity of Christians to participate in Sudan’s affairs“, Sudan Tribune, 25. Dezember 2019, <https://sudantribune.com/spip.php?article68753> (abgerufen am 9. November 2020).
- 19 „Multitudes march for Jesus in Sudan as restrictions on Christianity decline“, Uganda Christian News, 24. Dezember 2019, <https://www.ugchristiannews.com/multitudes-march-for-jesus-in-sudan-as-restrictions-on-christianity-decline/> (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 20 „Minister: Sudanese must embrace diversity and tolerance“, Radio Dabanga, 24. November 2019, <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/minister-sudanese-must-embrace-diversity-and-tolerance> (abgerufen am 9. November 2020).
- 21 „Minister: significant corruption in Sudan’s Muslim endowment admin“, Radio Dabanga, 25. Dezember 2019, <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/minister-significant-corruption-in-sudan-s-muslim-endowment-admin> (abgerufen am 9. November 2020).
- 22 Kaamil Ahmed, „Sudan’s new government invites Jewish community’s return“, Middle East Eye, 7. September 2019, <https://www.middleeasteye.net/news/sudans-new-government-invites-jewish-communities-return> (abgerufen am 9. November 2020).
- 23 „Sudan’s lost Jewish community - in pictures“, BBC News, 20. Oktober 2019, <https://www.bbc.com/news/world-africa-49728912> (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 24 „Will end of sanctions against Sudan ease Bible shortage for 1 million Christians?“, World Watch Monitor, 26. Oktober 2017, <https://www.worldwatchmonitor.org/2017/10/will-end-sanctions-sudan-ease-bible-shortage-1-million-christians/> (abgerufen am 9. November 2020).
- 25 Ibid.
- 26 „Sudan remains on US religious freedom blacklist“, Radio Dabanga, 12. Dezember 2018, <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-remains-on-us-religious-freedom-blacklist> (abgerufen am 9. November 2020).
- 27 „NGOs say changes to Sudan’s Islamic laws don’t go far enough“, World Watch Monitor, 18. August 2020, <https://www.worldwatchmonitor.org/2020/08/ngos-say-changes-to-sudans-islamic-laws-dont-go-far-enough/> (abgerufen am 9. November 2020).
- 28 „Government urges unity of Christians to participate in Sudan’s affairs“, Sudan Tribune, 25. Dezember 2019, <https://sudantribune.com/spip.php?article68753> (abgerufen am 9. November 2020).

- 29 „Sudan: 13 Christians arrested in Darfur, another church told to hand over property“, World Watch Monitor, 17. Oktober 2018, <https://www.worldwatchmonitor.org/2018/10/sudan-13-christians-arrested-in-darfur-another-church-told-to-hand-over-property/> (abgerufen am 9. November 2020).
- 30 „Sudan: possible apostasy charges against church leader“, Middle East Concern, 24. Oktober 2018, <https://www.meconcern.org/2018/10/24/possible-apostasy-charges-against-church-leader/> (abgerufen am 9. November 2020).
- 31 „Torture, ill-treatment against christians, forced to renounce their faith“, Agenzia Fides, 7. November 2018, [http://www.fides.org/en/news/65042-AFRICA\\_SUDAN\\_Torture\\_ill\\_treatment\\_against\\_Christians\\_forced\\_to\\_renounce\\_their\\_faith](http://www.fides.org/en/news/65042-AFRICA_SUDAN_Torture_ill_treatment_against_Christians_forced_to_renounce_their_faith) (abgerufen am 9. November 2020).
- 32 „Sudanese church leader charged with apostasy“, World Watch Monitor, 26. Oktober 2018, <https://www.worldwatchmonitor.org/coe/sudanese-church-leader-charged-with-apostasy/> (abgerufen am 9. November 2020).
- 33 „Sudan: 13 Christians arrested in Darfur, another church told to hand over property“, World Watch Monitor, 17. Oktober 2018, <https://www.worldwatchmonitor.org/2018/10/sudan-13-christians-arrested-in-darfur-another-church-told-to-hand-over-property/> (abgerufen am 9. November 2020).
- 34 „Sudanese government gives back 19 properties to church body“, World Watch Monitor, 26. September 2018, <https://www.worldwatchmonitor.org/2018/09/sudanese-government-gives-back-19-properties-to-church-body/> (abgerufen am 9. November 2020).
- 35 „Sudan: 13 Christians arrested in Darfur, another church told to hand over property“, World Watch Monitor, 17. Oktober 2018, <https://www.worldwatchmonitor.org/2018/10/sudan-13-christians-arrested-in-darfur-another-church-told-to-hand-over-property/> (abgerufen am 9. November 2020).
- 36 „Sudan releases shipment of Bibles held in port for six years“, World Watch Monitor, 2. Oktober 2018, <https://www.worldwatchmonitor.org/2018/10/sudan-releases-shipment-of-bibles-held-in-port-for-six-years/> (abgerufen am 9. November 2020).
- 37 „Sudan: three churches burned down twice within one month“, World Watch Monitor, 3. Februar 2020, <https://www.worldwatchmonitor.org/coe/sudan-three-churches-burned-down-twice-within-one-month/> (abgerufen am 10. November 2020).
- 38 „The war in South Sudan has also hit the Church in Sudan‘ says the Bishop of El Obeid“, Agenzia Fides, 4. Oktober 2018, [http://www.fides.org/en/news/64863-AFRICA\\_SUDAN\\_The\\_war\\_in\\_South\\_Sudan\\_has\\_also\\_hit\\_the\\_Church\\_in\\_Sudan\\_says\\_the\\_Bishop\\_of\\_El\\_Obeid](http://www.fides.org/en/news/64863-AFRICA_SUDAN_The_war_in_South_Sudan_has_also_hit_the_Church_in_Sudan_says_the_Bishop_of_El_Obeid) (abgerufen am 9. November 2020).
- 39 „Detainees tortured to death in Sudan“, Sudan Democracy First Group, 4. Februar 2019, <https://us7.campaign-archive.com/?u=7acaba-b6ae470b89628f88514&id=ac65763331> (abgerufen am 9. November 2020).
- 40 „African religious leaders condemn the brutal suppression of protests in Sudan“, Agenzia Fides, 10. Juni 2019, [http://www.fides.org/en/news/66172-AFRICA\\_SUDAN\\_African\\_religious\\_leaders\\_condemn\\_the\\_brutal\\_suppression\\_of\\_protests\\_in\\_Sudan](http://www.fides.org/en/news/66172-AFRICA_SUDAN_African_religious_leaders_condemn_the_brutal_suppression_of_protests_in_Sudan) (abgerufen am 9. November 2020).
- 41 Eric Oteng, „Sudanese forces fire tear gas at Khartoum mosque“, Africa News, 9. Februar 2019, <https://www.africanews.com/2019/02/09/sudanese-forces-fire-tear-gas-at-khartoum-mosque/> (abgerufen am 9. November 2020).
- 42 „Sudan’s clerics voice outrage at violation of mosques“, Radio Dabanga, 17. Februar 2019, <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-s-clerics-voice-outrage-at-violation-of-mosques> (abgerufen am 9. November 2020).
- 43 Ibid.
- 44 Linda Bordoni, „Pope at Regina Coeli prays for dialogue in Sudan“, Vatican News, 9. Juni 2019, <https://www.vaticannews.va/en/pope/news/2019-06/pope-regina-coeli-appeal-sudan.html> (abgerufen am 9. November 2020).
- 45 „President of the Bishops’ Conference applauds the Khartoum agreement“, Agenzia Fides, 26. August 2019, [http://www.fides.org/en/news/66521-AFRICA\\_SUDAN\\_President\\_of\\_the\\_Bishops\\_Conference\\_applauds\\_the\\_Khartoum\\_agreement](http://www.fides.org/en/news/66521-AFRICA_SUDAN_President_of_the_Bishops_Conference_applauds_the_Khartoum_agreement) (abgerufen am 9. November 2020).
- 46 Lisa Zengarini, „Sudán: iglesias saludan el histórico acuerdo de paz firmado en Juba el 3 octubre“, Vatican News, 12. Oktober 2020, <https://www.vaticannews.va/es/iglesia/news/2020-10/iglesias-sudanesas-saludan-el-historico-acuerdo-de-paz-juba-oct.html> (abgerufen am 9. November 2020).
- 47 „The peace agreement is good, but all the armed groups must join it‘ says the Archbishop of Khartoum“, Agenzia Fides, 2. September 2020, <http://www.fides.org/en/news/68556> (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 48 „A missionary: with the separation between the state and religion, the country gives space to plurality“, Agenzia Fides, 29. September 2020, [http://www.fides.org/en/news/68719-AFRICA\\_SUDAN\\_A\\_missionary\\_With\\_the\\_separation\\_between\\_State\\_and\\_religion\\_the\\_Country\\_gives\\_space\\_to\\_plurality](http://www.fides.org/en/news/68719-AFRICA_SUDAN_A_missionary_With_the_separation_between_State_and_religion_the_Country_gives_space_to_plurality) (abgerufen am 9. November 2020).
- 49 „The bishop of El Obeid: steps forward towards democracy, peace and national identity“, Agenzia Fides, 29. Juli 2020, [http://www.fides.org/en/news/68450-AFRICA\\_SUDAN\\_The\\_Bishop\\_of\\_El\\_Obeid\\_steps\\_forward\\_towards\\_democracy\\_peace\\_and\\_national\\_identity](http://www.fides.org/en/news/68450-AFRICA_SUDAN_The_Bishop_of_El_Obeid_steps_forward_towards_democracy_peace_and_national_identity) (abgerufen am 9. November 2020).
- 50 „In the time of Covid-19 no clashes and hostilities: the hopes of the Church“, Agenzia Fides, 28. April 2020, [http://www.fides.org/en/news/67818-AFRICA\\_SUDAN\\_In\\_the\\_time\\_of\\_Covid\\_19\\_no\\_clashes\\_and\\_hostilities\\_the\\_hopes\\_of\\_the\\_Church](http://www.fides.org/en/news/67818-AFRICA_SUDAN_In_the_time_of_Covid_19_no_clashes_and_hostilities_the_hopes_of_the_Church) (abgerufen am 9. November 2020).
- 51 Fateh Al-Rahman Al-Hamdani, „Going undercover in the schools that chain boys“, BBC News, 7. Dezember 2020, <https://www.bbc.com/news/world-africa-55213710> (abgerufen am 9. Dezember 2020).